

Energiewende.

Sind Kompromisse denkbar?

Response von Thies Clausen⁶

Die Energiewende in Deutschland ist nicht nur aus technologischer, sondern auch aus politologischer und soziologischer Perspektive ein faszinierendes Projekt. So ist ihre heute tiefe politische und rechtliche Verankerung nicht selbstverständlich, wenn man bedenkt, um wie viel länger ihre Laufzeit ist als die von Legislaturperioden. Immerhin bringt die Energiewende politische Kosten mit sich: Deutlich wurde dies in den letzten Jahren besonders an der – zu Recht mittlerweile abgeflauten – Kostendebatte rund um die Energiewende, an den Konflikten um den Ausbau des Strom-Übertragungsnetzes, an dem Phänomen regionalen Widerstands gegen Windenergieanlagen sowie zuletzt an dem Widerstand gegen die Reduktion der Braunkohleverstromung als Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

Diese offenbar weitgehende (wenn in gewissen Fällen auch limitierte) Bereitschaft, die politischen Kosten der Energiewende zu tragen, die sie als groß angelegtes Infrastruktur- und als ökonomisches Transformationsphänomen mit sich bringt, ist ohne die weitgehende grundsätzliche Unterstützung der Energiewende durch die Bürger kaum denkbar. Doch auch diese ist nicht selbstverständlich: So hat beispielsweise die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 in der deutschen Öffentlichkeit eine größere Bedeutung als in vielen anderen Ländern und die deutsche Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Fukushima fünfundzwanzig Jahre später war folgenreicher als die vieler anderer Länder. Wenn auch kulturgeschichtliche Bezüge zu den sog. Neuen Sozialen Bewegungen der neunzehnhundertsiebziger Jahre und viel weiter zurück zum Naturbegriff der Romantik auf der Hand liegen, so wird die Kulturgeschichte der Energiewende erst noch zu schreiben sein.

Die Energiewende und ihre Konflikte: Ein Normalfall pluralistischer Demokratie

Dementsprechend besteht der Bedarf, die vielen und komplex verwobenen Energiewendeaspekte zu deuten. Als Beitrag hierzu verstehe ich Fabian Karschs Essay „Energiewende – Sind Kompromisse denkbar?“, der danach fragt, wie das angedeutete

⁶ Zitationsvorschlag: Clausen, Thies (2017): Energiewende – Sind Kompromisse denkbar? Ein Respons auf Fabian Karsch, in: Stephan Schleissing, Andreas Losch, Frank Vogelsang (Hrsg.): Ethische Gegenwartsfragen in der Diskussion, TTNedition 2017, 30–33. Online unter: www.ttn-institut.de/TTNedition [Datum des Online-Zugriffs].

Konfliktpotenzial zunächst einmal begrifflich zu fassen ist – als Voraussetzung für seine Bewältigung. Die Frage scheint vor dem Hintergrund einer politischen Kultur, die öffentlich ausgetragene Konflikte und resultierende Kompromisse erst allmählich in ihr Demokratieverständnis einschließt, besonders dringlich. Die lange vorherrschenden obrigkeitsstaatlichen und korporatistischen Intuitionen weichen erst langsam einem pluralistischen Verständnis demokratischer Prozesse, die geprägt sind von der kontinuierlichen Beteiligung einer großen Anzahl individueller und organisierter Akteure unterschiedlichen Typs.

Dies lässt sich an der Diskussion um die Energiewende gut beobachten. An ihr nehmen heute Ministerien und andere Behörden, Wissenschaftler, Politikberater, Verbände, Unternehmen, Gewerkschaften, Parteien, NGOs, Stiftungen, Bürgerinitiativen, Journalisten usw. teil. Die verschiedenen Akteure, die sich in zunehmend transparenten Diskussionsprozessen gegenüberstehen, bringen hier ihre jeweiligen Perspektiven ein, die je nach Akteurstyp immer auch von systemisch bedingten Institutioneninteressen geprägt sind und von unterschiedlichen Wahrnehmungen ihrer Umwelt, selten aber ganz abgekoppelt von Argumentationen, die das Potenzial haben, viele zu überzeugen. Legitimität entsteht vor diesem Hintergrund durch eine Kombination aus formellen und informellen Partizipationsmöglichkeiten und anerkannten, demokratischen Verfahren der Entscheidungsfindung. Diese Prozesse sind oft aufwändig, aber einfachere (z.B. expertokratisch-autoritäre) Lösungen sind nicht ernsthaft vertretbar.

Das Austragen von Konflikten und ihre Beilegung ggf. durch Kompromisse ist also kein Skandalon, sondern ein Modus, komplexe Entscheidungen demokratisch zu treffen. Dementsprechend sind auch die Konflikte rund um die Implementierung der Energiewende keinesfalls ein Stigma. Was sie aber sind, ist eine Herausforderung für die energiepolitische Entscheidungsfindung. Karsch beschreibt, dass einige die Energiewende begleitende Konflikte als Konflikte zwischen Gemeinwohl und Partikularinteressen gefasst („geframet“) werden. Ein solches *framing* ist geeignet, einen produktiven Umgang mit Konflikten zu gefährden. Denn es legt nahe, dass die Legitimität kollektiv bindender Entscheidungen an ein erkennbares Gemeinwohl geknüpft wäre. Doch wo es um erkennbare Wahrheit geht, ist kein Raum für Kompromiss und der politische Gegner hat es im besseren Falle schlichtweg nicht verstanden, im schlechteren ist er ein Lügner. So oder so ist dies das Vokabular unversöhnlicher Konfliktkonstellationen. Darüber hinaus scheint dem Gegenbegriff und dem Phänomen des Partikularinteresses – aus Perspektive politischer Ethik kontraintuitiverweise – jede politisch-normative Valenz abgesprochen zu werden.

Energiewendekonflikte als Gerechtigkeitsfragen

Die Delegitimierung der Ansprüche Einzelner durch ihre (Ab-)Qualifizierung als Partikularinteressen ist dabei weder fair noch zielführend. Überzeugender ist, die zentralen Energiewendekonflikte als ernst zu nehmende und politisch zu lösende Gerechtigkeitsfragen zu reformulieren. Die nationale und europäisch eingebettete Energiewende ist ein Beitrag zu dem Projekt, sich von zwei gravierenden negativen Externalitäten der

Energiewirtschaft (i.w.S.) zu befreien: Von den verschiedenen Risiken, die von Kernkraftwerken ausgehen, und von den Folgen des Klimawandels. Unter Nutzung der heute verfügbaren Ressourcen und Technologien ist dies aber nicht möglich, ohne neue Externalitäten einzuführen, insbesondere die regional fraglos erhebliche Veränderung des Landschaftsbildes durch den erforderlichen Ausbau von Stromnetzen und Windkraftanlagen. Diese Veränderungen können sowohl die wahrgenommene Lebensqualität als auch ökonomische Werte (z.B. durch zurückgehende Immobilienwerte oder zurückgehenden Tourismus) mindern.

Während dabei die Reduktion nuklearer Risiken und die sich im Zuge der Energiewende stärkende Aussicht auf die erfolgreiche Bekämpfung des Klimawandels allen Bürgern annähernd gleichverteilt zugutekommt (wenn man von intergenerationellen Verteilungseffekten absieht), gilt dies nicht für die energiewende-bedingten Infrastrukturbelastungen, die vor allem punktuell in ländlichen Räumen anfallen, großstädtische Räume hingegen kaum betreffen. Es ist diese Ungleichverteilung von Nutzen und Nachteilen der Energiewende, die verständlicherweise von besonders stark betroffenen Bürgern als ungerecht empfunden wird. Und diese Empfindung ist durchaus auch kompatibel mit einer generell positiven Einstellung zur Energiewende.

Wege zur Konfliktbewältigung

Es gibt also Gerechtigkeitsfragen, die sich im Zuge der Energiewende stellen, aber diese sind nicht gravierender als in anderen Bereichen (z.B. Flughafenbau und -betrieb) und es gibt bewährte Verfahren für ihre Bewältigung, von denen die wichtigsten kurz angesprochen werden sollen.

Unverzichtbar ist eine transparente öffentliche Diskussion über das, was und in welchem Sinne etwas erforderlich ist. Stand heute lässt sich die Energiewende in Deutschland nicht ohne substantiellen Ausbau von Stromnetzen und von Windkraftanlagen realisieren – zumindest dann nicht, wenn die Kosten in einem angemessenen Rahmen bleiben sollen. Angesichts der Komplexität, die hinter dieser Aussage steht, ist auch klar, dass solche Einsichten sich erst langsam durchsetzen und nur dann, wenn sorgfältig für sie argumentiert wird. Gesamtgesellschaftliche Lernprozesse spielen also eine wichtige Rolle: Solange nämlich der Verdacht herrscht oder gestreut werden kann, dass neue Leitungen gar nicht energiewende-bedingt geplant werden, fehlt ein wichtiger, Akzeptanz stiftender Aspekt.

Doch bei der Feststellung von Erforderlichkeiten darf der öffentliche Diskurs nicht stehenbleiben, er muss auch ausloten, welche Implementierungsalternativen bestehen, vor allem mit Blick auf Möglichkeiten der Minimierung von Belastungen. Sind beispielsweise beim Stromnetzausbau verschiedene Trassenführungen denkbar? Lassen sich bestehende Trassen nutzen? Wo lässt sich Erdverkabelung nutzen? Zu welchen Kosten? Auch im Bereich der Windkraft stellen sich Fragen nach Abstandsregelungen, nach der regionalen Verteilung und der insgesamt erforderlichen Menge von Wind-Onshore-Anlagen.

Von zentraler Bedeutung sind auch Teilhabemöglichkeiten der Bürger an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen. Da energiepolitische Kompetenzen über alle Ebenen des europäischen Mehrebenensystems verteilt sind, stellen sich unter Akzeptanzgesichtspunkten hier auch neue Fragen der Governance: Auf welcher Ebene sollte nach welchen Maßgaben worüber entschieden werden?

Schließlich dürfen auch Kompensationsfragen kein Tabu sein, schon deshalb, da es bereits heute Kompensationen gibt. So fließt beispielsweise im Fall von Windkraftanlagen im Regelfall Gewerbesteueraufkommen in kommunale Haushalte und insbesondere in strukturschwachen Regionen ermöglicht der Ausbau von Windkraft hochwillkommene Wertschöpfungsmöglichkeiten. Problematisch hieran ist wiederum die ungleiche Verteilung der Profite, die sich auch durch Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern nicht ausreichend mindern lassen. Hier sind evtl. weitere Instrumente für die gezielte Kompensation Betroffener zu schaffen.

Fazit

Die von Fabian Karsch aufgeworfene Frage: „Sind Kompromisse denkbar?“ sollte emphatisch bejaht werden: Kompromisse sind möglich, als Ergebnisse von Konflikten sind sie sogar normativer und deskriptiver Normalfall pluralistischer Demokratien – neu sind lediglich Energiewende-spezifische Konfliktkonstellationen. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass insbesondere Infrastrukturfragen im Zuge der Energiewende auch zukünftig umstritten sein werden, dass diese aber verhandelbar bleiben und den Kern des Gesamtprojekts nicht gefährden: Den Aufbau einer klimafreundlichen Energiewirtschaft, frei von Kernkraftrisiken.